
Diskussion

zu dem Referat von Wilhelm Hankel „Marktwirtschaft für den Osten“*

Paul Bernd Spahn (Universität Frankfurt): Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die Absatzmärkte ganz entscheidend sein werden. Die Situation in Ostdeutschland ist vor allem dadurch schwierig, daß der Handel zwischen den Ländern des ehemaligen sowjetischen Einflußbereichs nahezu vollständig zusammengebrochen ist. Ich denke, daß hier der IWF im Zusammenwirken mit den westlichen Geberländern sehr viel mehr Druck auf die ehemaligen Ländern des COMECON ausüben müßte, damit dort ein gemeinsames Zahlungssystem entsteht. Die Wiederbelebung des Handels zwischen den einstigen Länder des sowjetischen Einflußbereichs ist entscheidend, damit auch die Absatzchancen für ostdeutsche Produkte steigen.

Hinzukommt ein weiteres Handikap, nämlich die Closed-Shop-Politik der EG, gerade in solchen Märkten, wo osteuropäische Länder Kostenvorteile haben, wie zum Beispiel in der Agrarwirtschaft, in der Textil- und in der Schuhindustrie. Hier machen wir unsere Schotten dicht.

Was die Produktionsseite angeht, haben Sie nur wenig über produktivitätswirksame Investitionen gesagt. Wie soll eigentlich die künftige Wirtschafts-

* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgesprächs „Wege zur sozialen Einheit“ am 11. Februar 1993 in Düsseldorf.

Struktur der ehemaligen DDR aussehen? Wird sie eine Industriegesellschaft wie bisher sein, oder vollzieht sich hier etwas, was wir zunächst einmal ganz abstrakt als postindustrielle Gesellschaft formulieren müssen? Wie die künftige Wirtschaftsstruktur der DDR aussehen wird, ist auch für die Arbeit des DGB entscheidend. Wenn man sich zum Beispiel die Beschäftigung in den USA anschaut, fällt auf, daß dort der Servicebereich während der Rezession weniger geritten hat, daß er während der Reagan-Phase sogar eine Stärkung gegenüber dem industriellen Bereich erfahren hat. Wenn die postindustrielle Gesellschaft stärker auf qualifizierte Serviceleistungen Wert legt, muß man allerdings eine Politik in Frage stellen, die auf die Erhaltung industrieller Kerne zielt. Hierin liegt eine entscheidende Grundsatzfrage.

Eine etwas überraschende Äußerung, zumal von einem Banker, war für mich die Vorstellung, man könne heute noch Märkte segmentieren. Sie haben angedeutet, daß steuerpolitische Vorteile auch solchen Finanzinvestitionen zugute kommen sollten, die etwa durch Beteiligungssparen finanziert werden. Bei einer Realinvestition kann ich feststellen, ob die Investition in Dresden, in Leipzig oder in Frankfurt/Main stattgefunden hat, bei Finanzinvestitionen geht das nicht. Wenn man eine Holding in Leipzig gründet, muß man verfolgen, wo diese Holding investiert. Das setzt einen extrem aufwendigen Kontrollapparat voraus, den ich den Finanzmärkten eigentlich ersparen möchte. Ich halte es schlicht für illusorisch zu glauben, daß Ersparnisse da, wo sie gebildet werden, auch investiert werden. Investitionen kann man nur erreichen, indem man die Risiken abbaut.

Hans Thilo Vogelgesang (Plaschna Management, Berlin): Es gibt einige Dinge, die man geraderücken muß: Die Treuhandanstalt ist nicht in dem Umfang für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland verantwortlich, wie Sie das darstellen. Ich habe auch Zweifel, ob der Versuch erfolgreich sein wird, die Wirtschaft umzustrukturieren, indem man sie in der Hoffnung, daß danach etwas Neues, wirtschaftlich Tragfähiges herauskommt, insgesamt durch den Konkurs schickt. Der Kernmangel, den wir haben, ist ganz eindeutig der fehlende Markt. Wir haben in der Ex-DDR, und ich weiß, wovon ich rede, weltmarktfähige und westmarktfähige Produkte, aber der Markt im Osten ist zusammengebrochen, und zwar als Folge der Einführung der D-Mark. Die Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten müssen schlicht und ergreifend in DM bezahlen. Aber sie haben kein Geld. Und sie werden im Zweifel auch in Zukunft unsere Produkte nicht kaufen können, obwohl unsere Produkte weltmarktfähig sind und wir sie kostengünstig anbieten können. Es riecht nach meinem Verständnis derzeit danach, daß die Welt wieder geteilt wird: Die westlichen Industrienationen werden die alte Sowjetunion bis zum Ural versorgen und was hinter dem Ural liegt, wird von China, Japan, Korea, Taiwan versorgt.

Die Treuhandanstalt hat dennoch in meinen Augen völlig zu Recht gesagt, daß die beste Form der Sanierung die Privatisierung ist, weil dann derjenige das

Heft in die Hand nimmt, der auch die Sanierung des Unternehmens durchführt. Was wir aber derzeit feststellen, ist doch, daß die westdeutsche Industrie überhaupt kein Interesse an einer erfolgreichen Sanierung der ostdeutschen Industrie hat. Der westdeutschen Industrie ist die Industrie im Osten ein Dorn im Auge. Jeder hat doch gesagt, wir brauchen das gar nicht, wir brauchen nur unsere Maschinen etwas schneller laufen zu lassen und können dann die gesamte Nachfrage des Ostmarktes befriedigen. Wenn wir das gewollt hätten, hätte die Politik der Treuhandanstalt ganz anders aussehen müssen, wir hätten dann sagen müssen, wir machen aus Ostdeutschland ein Agrargebiet mit einigen wenigen Industrieparks und der Rest wird Feriengebiet. Aber das wollen wir nicht. Wir wollen, daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die Frage ist nur, wie machen wir das?

Wir brauchen industrielle Kerne, sie müssen allerdings zurechtgeschnitten werden. Die großen Einheiten, die wir übernommen haben, müssen in kleine, sinnvolle Einheiten aufgeteilt werden, und dann finden sich auch Leute, die darin investieren.

Auch das zweite Problem, die ungeklärten Eigentumsfragen, ist zu lösen. Für die Unternehmen ist die Eigentumsfrage gar nicht entscheidend. Die Unternehmen haben die Grundstücke finanziert. Wenn für ein bestimmtes Grundstück noch Restitutionsansprüche existieren, sind dafür auch Rückstellungen getätigt worden, aus denen die eventuell notwendige Entschädigung aufgebracht werden kann. Für die Unternehmen sind die ungeklärten Eigentumsfragen also kein Investitionshemmnis, problematisch ist aber das Verhalten der Banken. Die Banken sind derzeit, gleichgültig wie die Bilanzen aussehen, nicht bereit, in irgendeiner Weise selber einen Beitrag zur Sanierung der Unternehmen zu leisten.

Es gibt ein weiteres Problem: Wenn wir die industriellen Kerne erhalten wollen, brauchen wir einen Markt, aber in diesen Markt läßt uns keiner hinein, weil jeder Auftrag für den Osten zu Lasten des Westens geht. Deshalb funktionieren die Kartelle so hervorragend. Wir bringen es noch nicht einmal fertig, die ostdeutsche Industrie zu veranlassen, auch Ostfirmen Aufträge zu erteilen. Und so wie die Hausfrau das Ei aus dem Westen gekauft hat, weil sie meinte, es sei besser, werden alle Investitionen zunächst im Westen geordert, weil man meint, da sei es besser. Das aber stimmt nicht.

Michael Geuenich (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB): Ich habe nichts gegen die Treuhand, überhaupt nichts, ich halte sie schlicht für überflüssig. Für mich ist sie eine Fehlkonstruktion, die man von Modrow übernommen hat und die für ihre heutige Aufgabe gar nicht geschaffen worden ist. Man müßte die Regierung angreifen, weil sie sich des Instrumentes Treuhandanstalt bedient, um damit die gesamte Industrie zu sanieren. Das ist der falsche Ansatz. Aber anstatt die Treuhandanstalt insgesamt zu hinterfragen, versucht man jetzt nur noch, Vorgaben für ihre Politik zu korrigieren.

Mich hat an der bisherigen Diskussion gewundert, daß einige die Privatisierung als das scheinbar beste Mittel zur Sanierung sehen. Ich glaube, wenn wir nach einer längeren öffentlichen Diskussion das neue Grundsatzprogramm des DGB schreiben, steht das Thema so nicht mehr zur Diskussion. Ich halte es schlicht für Ideologie. Es soll signalisieren, daß ein privat-wirtschaftlich agierender Unternehmer besser wirtschaften kann. Aber ich habe den Eindruck, daß es darum gar nicht geht, denn sonst könnte man den Menschen auch sagen, wo ihre Zukunft liegt. Ich frage deshalb, was denn falsch daran wäre, wenn man ein Unternehmensgebilde privat-wirtschaftlicher Natur schafft, von mir aus auch mit einem mehr oder weniger großen Anteil privaten Kapitals, und dem Management ein paar Jahre Zeit gibt, um dieses Unternehmen zu neuen Ufern zu bringen - alles mit privatwirtschaftlicher Ausrichtung und mit einem unabhängigen Management. Es ist doch abwegig zu glauben, daß es einen Unterschied macht, ob der Staat Aktienbesitzer ist oder ein Privatunternehmer.

Meine letzte Bemerkung: Ich finde, daß die Diskussion über ein weiteres Opfer der Bevölkerung als scheinbar notwendiges Mittel für den Aufbau im Osten ungerecht ist. Ökonomisch ist die Forderung nicht zu belegen. In der Europäischen Gemeinschaft sind die Löhne in Portugal, im Süden Italiens, in Griechenland und in Irland im ganzen, in Großbritannien in Teilen niedriger als die derzeitigen Löhne in den neuen Bundesländern. Längst ist also der Punkt überschritten, wo man in der Europäischen Gemeinschaft von komparativen Vorteilen in den neuen Bundesländern reden kann. Trotzdem will die Regierung, daß die Löhne unten bleiben, damit die Unternehmen in Ostdeutschland investieren, besonders ausländische. Hinzu kommt, daß die Infrastruktur in den neuen Bundesländern mit der Infrastruktur Portugals vergleichbar ist, sie ist sogar besser. Es gibt deshalb keine andere Chance für die neuen Bundesländer, als diese Infrastruktur für eine moderne, zeitgerechte Industriewelt zu nutzen. Wir können aus den fünf neuen Bundesländern keinen Agrarstaat machen, dafür ist allein schon das Klima in unseren Breitengraden zu schlecht. Wir haben nur die Chance, das, was vorhanden ist, zu modernisieren. Wirtschaftliche Standortpolitik hat immer da am besten funktioniert, wo sie auf ein vorhandenes Niveau aufbauen konnte. Es hat immer lange gedauert und oft ist es nicht gelungen, da, wo nichts war, etwas Neues zu schaffen. Was ist in den vergangenen Jahrzehnten zum Beispiel nicht alles für Ostfriesland - das liegt im Westen, nicht im Osten - getan worden, und es hat sich nichts Nachhaltiges entwickelt, weil es eben traditionell kein industrielles Gebiet ist.

Claus Noe (Wirtschaftsbehörde der Stadt Hamburg): Die Treuhandanstalt hatte bei ihrer Gründung drei ganz unterschiedliche Funktionen. Das erste Motiv für ihre Gründung lag darin, daß die Kombinate keinen Eigentümer hatten. Die Regierung Modrow hatte die Sorge, daß im Verlaufe der Wiedervereinigung Ost-West-Seilschaften die Kombinate gemeinsam ausplündern könnten. Insofern war die Treuhandanstalt notwendig.

Das zweite Motiv, auch das war schon bei Modrow zu erkennen, war der Versuch, die sogenannten Kader der Kombinate mit Hilfe der Treuhandanstalt resistent miteinander zu verknüpfen, um eine allzu schnelle marktwirtschaftliche Reform zu verhindern. Auch diesem Motiv liegt aus heutiger Sicht ein sehr honoriges Argument zugrunde, das Argument der Systemstabilisierung. Diese Art der Systemstabilisierung war im übrigen aus der Sicht der Bundesrepublik ein wesentliches Argument für eine schnelle Währungsunion, weil die schlagartige Aufwertung der Währung der DDR um 300 Prozent die Betriebe in der DDR zwangsläufig in den Konkurs treiben mußte. Dieser Konkurs, ich rede jetzt vom institutionellen, stellte sämtliche Leitungs- und Führungsorgane in den Kombinaten schlagartig zur Disposition. Denn sie hatten keine Eigenmittel mehr und waren somit vollständig in den Händen des neuen Finanziers, der Treuhandanstalt.

Daneben hat die Treuhandanstalt noch eine dritte Funktion gehabt, die teils politisch und teils ökonomisch begründet war. Politisch, weil die Treuhandanstalt bis zur Bundestagswahl dazu herhalten mußte, die Rückwirkung des Konkurses auf Beschäftigung und Einkommen über sogenannte Liquiditätskredite zu verzögern. Insofern war und ist sie bis zum heutigen Tage Konkursverschleppungsgesellschaft. Ich stimme Herrn Hankel zu, wenn er sagt: Wenn man schon den ökonomischen Schock in Kauf nimmt, muß man diesen Weg auch konsequent verfolgen, um mehr Innovationen auszulösen. Politisch hätte das aber bedeutet, daß diejenigen, die die Segnung der D-Mark verteilt haben, schon vor der Wahl, nämlich unmittelbar nach dem 1. Juli 1990, auch die Ernte dieser Segnung eingefahren hätten, nämlich die Arbeitslosenquoten, die wir jetzt haben. Der Witz an der Geschichte ist aber, zu welchem Ergebnis diese Politik geführt hat: Die Treuhandanstalt hat alles verkauft, verschenkt oder mit Prämie weitergegeben, was irgendein Privater haben wollte, und nun stehen wir vor der schwierigen Situation, daß mit dem unverwertbaren Rest, den kein Privater haben wollte, die Kerne der Industriestruktur aufgebaut werden sollen. Das hätte man anders haben können. Auch hierzu gab es bereits Mitte des Jahres 1990 Vorschläge.

Damals hätte die Chance bestanden, die Währungsunion, wenn man sie denn für unvermeidlich hielt (ich tat das), sofort zu flankieren, also eine ökonomische Schadensbegrenzung vorzunehmen. Dies hätte bedeutet, daß man die Instrumente, die man anwendet, wenn zum Beispiel Portugal der EG beitrifft, auf das innerstaatliche Verhältnis übertragen hätte. Dazu hat es zwei Vorschläge gegeben: Der erste Vorschlag war eine Mehrwertsteuerpräferenz für die Wertschöpfung in den neuen Bundesländern. Der zweite Vorschlag basierte auf einer Zergliederung des Lohns in zwei Bestandteile, einen Teil, den die Unternehmen zu zahlen hätten und dessen Höhe an die Produktivitätsentwicklung gekoppelt werden sollte, und einem zweiten Bestandteil, der das Lohnniveau an das gestiegene Preisniveau angepaßt hätte. Dieser Vorschlag hatte zwei Gegner, die Bundesregierung und die Gewerkschaften, weil nämlich damit die Festsetzung der Lohnhöhe der aktiv Beschäftigten in ein

Gemenge zwischen Sozialhilfe, staatlichen Zuschüssen und Tarifautonomie geraten wäre. Beide sind bei diesem Punkt nicht über ihren Schatten gesprungen.

Das dritte Element, das man zur Verfügung hat, wenn man eine Wirtschaft in einer Übergangszeit vor einer viel wettbewerbsfähigeren Volkswirtschaft schützen will, sind Einfuhrkontingente. Da es zwischen den beiden deutschen Staaten keine Grenzen mehr gab, konnten diese Einfuhrkontingente intern nur local content heißen. Das heißt, daß die Nachfrage nach Leistungen aus Westdeutschland in Ostdeutschland dadurch begrenzt worden wäre, daß ein Teil des Auftragsvolumens in Ostdeutschland hätte produziert werden müssen. Dies ist das einzige der drei Instrumente, das auch heute noch taugt. Man braucht lediglich eine EG-feste Vorschrift. Den Einwand, daß dadurch die schlechten Produkte der DDR beispielsweise in das neue Telefonsystem eingebaut worden wären, hätte man dadurch umgehen können, daß dieser Anteil erst nach zwei Jahren erreicht sein muß. Dies hätte dazu geführt, daß die westdeutschen Unternehmen nur dann an Großaufträge zur Ausstattung der DDR-alt mit Infrastruktur gekommen wären, wenn sie dort Produktionsstätten errichtet oder alte übernommen hätten.

Die Tatsache, daß die Transfers nach Ostdeutschland wie ein Konjunkturprogramm für Westdeutschland gewirkt haben, lag im wesentlichen daran, daß man die Beschäftigungseffekte der ersten Phase des Ausbaus der Infrastruktur ins Ausland verlegt hat, nämlich außerhalb der neuen Bundesländer, die Kapazitätseffekte aber ins Inland. Das führt, wenn man es lange genug betreibt, dazu, daß man die Infrastruktur dort nicht mehr braucht. Wenn man jetzt nicht in den Fehler verfallen will, die industriellen Kerne aus der Konkursmasse zu definieren, muß man folglich den engen ökonomischen Zusammenhang zwischen dem noch etwa über zehn, zwölf Jahre laufenden Infrastrukturprogramm in Ostdeutschland und den industriellen Kernen, die man zum Aufbau der Infrastruktur nutzen kann, sehen. Das heißt, der erste Markt, den die DDR-Industrie für sich sichern muß, ist der Inlandsmarkt. Das macht jeder. Kein Unternehmen, das nicht einen starken Inlandsmarkt hat, hat überhaupt die Chance, Auslandsmärkte zu gewinnen. Und das heißt für die Westdeutschen, daß sie die Transfers künftig anders aufbringen müssen als bisher. Die Nachfragewirkungen dieser Transfers wird den Westen allenfalls noch zur Hälfte erreichen.

Karin Benz-Overhage (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall): In den sieben Todsünden scheinen mir einige Ungereimtheiten zu stecken, aber das ist wohl immer so bei Todsünden. Sie haben auf das geringere Produktivitätsniveau in Ostdeutschland und auf das Problem der gleichzeitig bestehenden Überkapazität im Bereich industrieller Produktion hingewiesen. In welchem Verhältnis stehen die Überkapazitäten zum Erhalt industrieller Kerne? Meine zweite Frage lautet: Welche industriellen Kerne wollen wir eigentlich erhalten? Wir reden immer vom Erhalt industrieller Kerne, ohne sie genau zu benennen und ohne zu klären, was wir auch im Hinblick auf die

Erneuerung der Infrastruktur erhalten müßten. Meine letzte Frage: Könnten wir eine zusätzliche Marktförderung nicht auch dadurch erreichen, daß wir uns stärker auf die Perspektiven eines ökologisch orientierten Umbaus der Industriegesellschaft zurückbesinnen?

Wilhelm Hankel: Große Kontroversen scheint es in unserer Familie der Ökonomen nicht zu geben. Ich greife trotzdem einige Punkte heraus, die mir aufgefallen sind:

Kollege Spahn zweifelt, ob es überhaupt machbar ist, Kapitalmärkte zu segmentieren. Natürlich habe ich auch Zweifel: Aber erstens haben wir in der Bundesrepublik West ja erlebt, wie man mit einem segmentierten Kapitalmarkt eine Wirtschaft aufbauen kann, und zweitens ist das Hauptproblem bei den Finanzierungsfragen nicht der Kapitalmangel sondern das Risiko, das die Investoren scheuen. Ich habe vor längerer Zeit an einem Gutachten für die Bundesregierung über Reaktorsicherung in Osteuropa mitgearbeitet und dabei hat sich gezeigt, daß die europäische Energiewirtschaft bereit ist, etwas absolut Menschennotwendiges zu tun, nämlich aktiv an der Reaktorsicherheit in Osteuropa mitzuarbeiten, sogar unter Einsatz erheblicher eigener Mittel. Etwas anderes dagegen tut sie nicht. Sie trägt natürlich nicht das Risiko. Daraufhin ist beim Weltwirtschaftsgipfel in München beschlossen worden, bei der Entwicklungsbank für Osteuropa in London einen Garantie- und einen Zinszuschußfonds einzurichten. Seitdem gibt es keine Finanzprobleme mit der Reaktorsicherheit. Das heißt, daß die Mobilisierung der Mittel kein unlösbares Problem ist, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Garantie und Zinsverbilligung. Ich habe den Eindruck, daß wir viel zuviel über Investitionen reden und dabei die ganze Bandbreite des Aufbaus Deutschland Ost auf ein paar westdeutsche Konzerne und auf Direktinvestitionen verengen. Das ist, selbst wenn die Konzerne große Investitionen tätigen würden, immer noch zu wenig. Was Gründerkonjunktur wirklich ist, zeigt sich bei den kleinen Leuten mit ihren zum Teil kleinen Spareinlagen. Aber die Sparkassen haben Satzungsschwierigkeiten. Und diese Satzungsschwierigkeiten, die es in der ganzen deutschen Bankenwelt gibt, echte sowie vorgeschobene, auszuräumen, das, meine ich, wäre doch einmal den Schweiß der Edlen wert. Mit einem Schlag wären Versicherungen, Sparkassen, Banken und sogar Privatsparer interessiert, Risikokapital zu bilden, wenn sie dafür eine Absicherung bekämen.

In den anderen Fragen sind wir uns offensichtlich einig. Natürlich wäre es schön, wenn es an Stelle des COMECON jetzt eine osteuropäische Zahlungsunion geben würde. Allerdings bin ich skeptisch, ob sich das schnell realisieren läßt, weil es in Osteuropa aufgrund der negativen Erfahrungen mit dem COMECON offenbar erhebliche psychologische Vorbehalte gegen eine erneute Zahlungsunion gibt.

Herr Vogelgesang, ich habe nichts gegen die Treuhand, aber gegen die Leute, die sie gegründet haben. Denn daß die Treuhandanstalt Aufträge ausführt, ist mir auch klar...

Hans Thilo Vogelgesang: ... die Treuhand hat ja auch Fehler gemacht, aber sie steuert mittlerweile Gottseidank um, speziell bei den Investitionen.

Wilhelm Hankel: ... dennoch scheint mir richtig zu sein, was auch Herr Geuenich bereits gesagt hat, daß nämlich die ganze Idee der Treuhandanstalt nicht sonderlich glücklich war, weil diese Aufgabe von einer Zentralbehörde gar nicht geleistet werden kann.

Ein Drittes habe ich nicht erwähnt, die permanente Kontraproduktivität, die dadurch entsteht, daß wir jetzt in den neuen Bundesländern ein zentrales Superministerium für industrielle Belange von der Entflechtung bis Wiederaufbau haben und daß wir daneben Landesregierungen haben, die regionale Wirtschaftspolitik betreiben. Wir brauchen ein Koordinationsgremium, weil man Infrastruktur nicht ohne und nicht gegen die Treuhandanstalt machen kann, sondern nur in Zusammenarbeit zwischen Treuhandanstalt und Landesministerien.

Ich möchte noch etwas zu einem Problem sagen, das noch nicht angesprochen worden ist: Die Frage der Kerne hat weniger mit der bisherigen Produktion zu tun, als vielmehr mit der Qualifizierung der Arbeitsbevölkerung. Ehe man die Menschen nach Westdeutschland verpflanzt, sollte man überlegen, welche Art von Produktion man in den Ballungsräumen ansiedeln kann, wo eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft vorhanden ist. Wo Chemie produziert wurde, muß nicht notwendigerweise wieder Chemie hin. Viel wichtiger für die Frage, ob Standorte erhalten bleiben sollen, ist das Humankapital.

Karin Benz-Overhage: Sie lassen mir die Zeitprozesse zu sehr außer acht. Wir haben auch im Westen ähnliche Umstrukturierungsprozesse erlebt, aber auf einer ganz anderen Zeitschiene. Wenn Sie sagen, im Grunde genommen hätte man den Konkurs durchziehen müssen, um dann zu sehen, was sich an industrieller Produktion entwickelt, stellt sich doch die Frage: Was mache ich in der Zwischenzeit, um die Menschen dort zu halten?

Wilhelm Hankel: Die Frage ist leicht zu beantworten, weil man zunächst einmal die Menschen mit dem sozialen Netz aufgefangen hätte und weil auf der anderen Seite durch einen Sofortkonkurs eine raschere Verwertung des Restkapitals möglich gewesen wäre. Man hätte sich die langen, quälenden Schrumpfprozesse erspart.